

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 6 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzl. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 60 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzl., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. In diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

Laibacher Zeitung.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 9. Juni d. S. bis zur gefehmäßigen Befetzung der Kronenhüterstelle der heiligen ungarischen Krone den Kammerer und Septemvir Anton Baron Nyáry zum ungarischen Kronhüter allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Justizministerium hat den Vorsteher des Lemberger städtischen Grundbuchsamtes Peter Janowczyk zum Registrator bei der galizischen Landtafel in Lemberg und den Landtafel-Ingrossisten Kasimir Ziembiński zum Vorsteher des städtischen Grundbuchsamtes in Lemberg ernannt.

Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 23. Juni.

Wenn es einem Mitgliede des Abgeordnetenhauses einmal gelungen ist, einen oder mehrere Minister oder gar das ganze Ministerium recht tüchtig zu „verreißen“, oder wenn eine recht heftige Debatte stattgefunden hat, der dann eine antiministerielle Abstimmung gefolgt ist, da regt es sich erst geheimnissvoll und leise in den Tagesblättern, dann wird es lauter, und ein Blatt bringt einen Artikel, in welchem es eine Parallele zieht zwischen einem der Minister und einem hervorragenden Abgeordneten, und endlich fliegt und flattert, erst schüchtern dann dreister, ein Entlein durch die Luft, das betitelt ist: Ministerkrisis! Wir lesen in der „N. Fr. Pr.“ Folgendes: Seit zwei Tagen ist in parlamentarischen wie in finanziellen Kreisen das Gerücht von dem unmittelbar bevorstehenden Rücktritte des Finanzministers v. Plener verbreitet. Heute gesellt sich dazu das weitere Gerücht, daß auch der Staatsminister v. Schmerling im Begriffe stehe, seine Demission einzureichen; ja man will sogar wissen — und diese Version findet weniger in parlamentarischen als in finanziellen Kreisen Verbreitung — daß Herr v. Schmerling sowohl als Herr v. Plener ihre Demission thatsächlich bereits eingebracht hätten, daß Se. Majestät der Kaiser dieselbe jedoch nicht angenommen habe. Wir verzeichnen diese Gerüchte, ohne sie vorläufig zu verbürgen.

Das königliche Reskript zur Einberufung des ungarischen Landtages soll nun bestimmt am 2. Juli publizirt werden. Dasselbe liegt zur Veröffentlichung bereit und wird, wie die „D. D. P.“ mittheilt, nur aus der Rücksicht zurückgehalten, weil es nicht angemessen scheint, die Kundmachung stattfinden zu lassen, während der Ausnahmezustand noch dauert. Da letzterer bekanntlich am 1. Juli aufhört, so soll Tags darauf die Landtagseinberufung zur Publikation kommen. Der Zusammentritt des Landtags wird, wie wir hören, auf den 23. Oktober ausgeschrieben.

18. Sitzung des Herrenhauses

vom 21. Juni.

(Schluß.)

Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird die Abstimmung vorgenommen. Artikel IX wird mit 32 gegen 29 Stimmen abgelehnt.

Die Spezialdebatte wird fortgesetzt.

Artikel I wird ohne Debatte angenommen.

By Artikel II (Garantiesumme 1,050,000 fl.) beantragt

Fürst Jablonowski, die Abstimmung der Ziffer zu sistiren, solange nicht die übrigen Artikel beschlossen sind, da bekanntlich die Höhe der Ziffer von den Baubestimmungen abhängt. (Unterstützt.)

Graf Thun empfiehlt ebenfalls die Sistirung, da sonst die weiteren Verathungen ganz überflüssig wären.

Der Antrag Jablonowski wird angenommen.

Die Artikel III, IV, V, VI werden ohne Debatte angenommen.

Artikel VII enthält eine Reihe von Bestimmungen, welche in die Konzessionsurkunde aufzunehmen ist. Sie kommen einzeln zur Abstimmung und eine Debatte ergibt sich nur bei Punkt 2.

Fürst Jablonowski wendet sich gegen die bei diesem Punkt von dem Abgeordnetenhaus vorgenommenen Aenderungen, welche er als wenig vortheilhaft für das Unternehmen bezeichnet. Redner spricht sich gegen die Anwendung eines leichteren Schienensystems als das des Lipsündigen aus. Die Erfahrung lehre, daß eher ein schwereres als ein leichteres System angewendet werden solle; denn bloß den schwereren Schienen habe man es zu danken, daß so wenig Entgleisungen vorkommen. Uebrigens sei zu bedenken, daß in den Nachbarstaaten das Lipsündige System bestehe und daß daher die Betriebsmittel, welche auf dieses berechnet sind, auf die neue Bahn nicht übergehen könnten. Er beantragt die Weglassung des Satzes, welcher die Gestattung des leichteren Schienensystems enthält. Auch gegen die Herstellung der Brücken über die Maros und den Strellfluß aus Holz wendet sich Redner, indem er auf die bei Rekonstruirung und fortwährender Reparatur solcher hölzerner Brücken verursachten größeren Auslagen hinweist. Redner wünscht in diesen beiden Punkten die Regierungsvorlage herzustellen und beantragt die Weglassung der von dem Abgeordnetenhaus gemachten Zusätze. (Die Anträge werden sehr zahlreich unterstützt.)

Graf Leo Thun: Er könne sich zwar nicht mit seinem Vorredner in Hinsicht auf Sachkenntniß messen, aber er könne doch nicht umhin, vor der Annahme der Anträge desselben zu warnen. Eisenbahnen seien für Oesterreich sehr nothwendig und die Verhältnisse verlangen, daß man alle Modalitäten in's Auge fasse, welche billigere Herstellungen möglich machen. Voraussichtlich werde lange Jahre der Verkehr auf dieser Bahn ein geringer sein und dies ermögliche die Zulassung leichterer Schienen und Betriebsmittel. Dieselben Rücksichten sprechen auch für die provisorische Herstellung der erwähnten Brücken aus Holz.

Feldmarschall Heß: Für eine Bahn, welche den Zweck hat, Weltbahn zu werden, sei ein leichteres Schienensystem nicht anwendbar. Auch militärische Rücksichten verlangen die Beibehaltung desselben Systemes, welches in der übrigen Monarchie in Anwendung steht. Bezüglich der Brücken müsse man Unterschiede machen zwischen Brücken über große und über kleine Flüsse. Wenn es auch für die Nordbahn vortheilhafter ist, über die Donau eine Holzbrücke zu haben, als für 5 Millionen eine Steinbrücke hinzustellen, so gelte dies doch nicht bei kleinen Strömen, wie die Maros ist, da sei es stets vortheilhafter, gleich solide, feste Brücken aus Stein oder Eisen hinzustellen. Er befürworte den Antrag Jablonowski's.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg: Nur die Rücksicht auf die Wohlfeilheit habe die Regierung bestimmt, den Anträgen des Hauses beizustimmen. Was die leichteren Schienen betrifft, so sei dies eine Frage der Technik. Diese schreite vor und man könne nicht sagen, ein bestehendes System soll für alle Ewigkeit festgehalten werden. Das Handelsministerium glaube es genügend, wenn die Anwendung des leichteren Systemes von der Genehmigung des Handelsministeriums abhängig gemacht würde. Diesem steht ein technisches Bureau zur Seite, und es kann jedesmal entscheiden, ob das leichtere System anzuwenden ist oder nicht. Was die Brücken betrifft, so ist die Gestattung von Holzbrücken wohl nur aus über-

spannten Ersparungsücksichten entstanden, aber es zeige sich z. B. bei der Nordbahn, daß auch Holzbrücken lange bestehen. Ferner komme zur Berücksichtigung, daß das Geld gegenwärtig theuer sei und daß es nothwendig wäre, den Bedarf auf das Nöthigste zu beschränken. Er befürworte die Annahme des Artikels nach der Formulirung des Abgeordnetenhauses.

Fürst Jablonowski hält seine Anträge aufrecht.

Bei der Abstimmung bleiben die Anträge Jablonowski in der Minorität und wird Punkt 2 des Artikels VII in der Fassung des Abgeordnetenhauses angenommen.

Zu dem 3. Punkte des Artikels VII ergreift

Fürst Salm das Wort, um sich dagegen auszusprechen, daß der Konzessionär verpflichtet werde, die Eisenbestandtheile der Bahnanlage und die Fahrbetriebsmittel für die erste Einrichtung im Inlande anfertigen zu lassen. Er hält das Prinzip einer derartigen Subventionirung der Industrie für falsch, nur der freieste Verkehr könne der Industrie nützen. Er werde gegen diese Bestimmung stimmen.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg kann nicht umhin, seine Befriedigung über das eben Vernommene auszusprechen. Es scheint ihm ein falscher Standpunkt, den die Eisenindustriellen in Oesterreich einnehmen, indem sie solche Bestimmungen provociren, welche den Eisenbahnbau nur erschweren. Er kann sich nur für die Weglassung aussprechen.

Graf Leo Thun fragt, ob eine solche Prohibition nicht gegen den österreichisch-preussischen Handelsvertrag verstosse.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg verneint dies.

Berichterstatter verzichtet auf das Wort.

Bei der Abstimmung wird die erste Alinea des Punktes 3 angenommen, die zweite Alinea, welche die erwähnte Verpflichtung enthält, wird abgelehnt.

Präsident schließt wegen vorgerückter Zeit die Sitzung.

19. Sitzung des Herrenhauses

vom 22. Juni.

Auf der Ministerbank: Schmerling, Mecsery, Rasser, Sektionschef Kalchberg, Ministerialrath Gobbi (Finanzministerium), Ministerialrath Schmidt (Handelsministerium.)

Nach Vorlesung des Protokolls und Mittheilung der Einkäufe gelangt die Regierungsvorlage, betreffend die Darlegung der Gründe und Erfolge der Verordnung über die Einsetzung der Preisgerichte zur ersten Lesung. Dieselbe wird der Kommission über die Permanenz des Steuerreformausschusses zugewiesen.

Ferner ist an das Herrenhaus das in der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beschlossene Gesetz, betreffend eine Kreditoperation von 13 Mill. zur verfassungsmäßigen Behandlung gelangt. (Wird der ständigen Finanzkommission zugewiesen.)

Es wird zur Fortsetzung der Spezialdebatte des Gesetzes über die siebenbürgische Eisenbahn geschritten.

Berichterstatter Freiherr v. Rosenfeld.

Die Punkte 4 bis incl. 9 des Art. VII werden ohne Debatte angenommen.

Zu Punkt 10, welcher von der Herabminderung der Tarife unter die Maximalhöhe handelt, ergreift

Fürst Jablonowski das Wort. Er befürwortet auch da das Zurückgehen auf die Regierungsvorlage und wendet sich zunächst gegen den Beschluß des Abgeordnetenhauses, daß die Tarife „ohne Unterschied der Bahnstrecken“ sollen herabgesetzt werden können. Ebenso bekämpft Redner den Beschluß des Abgeordnetenhauses, daß Herabsetzung der Frachtpreise und andere Begünstigungen nur mit Genehmigung der Staatsverwaltung gewährt werden sollen. Die

Regierungsvorlage sei auch da vorzuziehen. Sie normirt dieß nur, so lange ein Staatszuschuß zu Herabsetzungen der Tarife nothwendig sein soll. Redner ist auch mit der Alinea nicht einverstanden, daß, wenn spätere Gesetze die Tarife regeln sollten, diese auch auf diese Bahn Anwendung finden sollen. Er stellt in dieser Beziehung keinen Antrag, hofft aber, das Haus werde durch die Ablehnung dieser Alinea seiner Meinung beitreten. (Die Anträge werden unterstützt.)

Graf Leo Thun unterstützt das erste Amendement des Fürsten Jablonowski um so mehr, als jene schlecht textirt sei, denn der Ausdruck „ohne Unterschied der Bahnstrecken“ lasse die Deutung zu, daß auch für einzelne Theile der Bahn Begünstigungen gewährt werden können, während selbst nach den Intentionen des Abgeordnetenhauses diese nur auf die ganze Strecke Anwendung finden solle. Der zweiten Alinea könne er nicht seine Zustimmung geben und empfehle die Textirung des Abgeordnetenhauses.

Sektionschef Freiherr v. Kalchberg: Die Regierung habe den Anträgen des Abgeordnetenhauses ihre Zustimmung gegeben, weil es im allgemeinen Interesse liegt, niedrigere Tarife zu haben und weil das Abgeordnetenhaus wünschte, die Regierung solle einen größeren Einfluß auf die Regelung der Tarife haben. Daß die Regierung die Herabsetzung der Tarife wünsche, habe sie durch die Einsetzung der Enquete-Kommission bewiesen, obzwar sie sich nicht verhehlen kann, da sie da vertragmäßigen Rechten gegenüberstehe und nicht willkürlich eingreifen könne. Was die letzte Alinea betrifft, betreffe die Anwendung späterer Gesetze über Tarife auf die siebenbürgische Bahn, so verkenne er nicht, daß dieß eine scharf zugespitzte Bestimmung sei. Sollte das Haus diese Alinea ablehnen, dann müsse er bitten, die betreffende Alinea der Regierungsvorlage aufzunehmen, dahin lautend: Eine entsprechende Herabsetzung der Tarifspreise steht der Staatsverwaltung jedenfalls zu, wenn der Reinertrag 2,500.000 fl. überschreitet.

(Schluß folgt.)

81. Sitzung des Abgeordnetenhauses

vom 21. Juni.

(Schluß.)

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist der Ausschußbericht über den Antrag Riese-Stallburg, betreffend die Ausdehnung der Befreiung von der Hauszinssteuer.

Berichterstatter Abg. Niehl verliest den Bericht, welcher eine weitere Ausdehnung der Steuerfreiheit für Neu-, Zu- und Umbauten empfiehlt.

In der Generaldebatte ergreift das Wort

Abg. Daubel: Er liefert den ziffermäßigen Nachweis, daß in vielen Städten die Population gestiegen ist, daß aber die Bauobjekte sich nicht im gleichen Maße vermehrt haben. Um die Baulust anzuregen, sei die Ausdehnung der Steuerbefreiung wünschenswert. In dieser Richtung ist er also für den Ausschußantrag. Er beantragt jedoch auch, das Haus wolle den Wunsch aussprechen: „Die Regierung möge bei jenen Städten, welche in strategischer Beziehung nicht von Wichtigkeit sind, die allenfalls noch bestehende Bestimmung als Festung aufheben.“

Abg. Cuper empfiehlt ebenfalls den Ausschußantrag, für welche er volkwirtschaftliche und humanitäre Gründe anführt.

Finanzminister v. Plener will nicht in meritorischer Beziehung sprechen, sondern lediglich die formelle Seite der Frage berühren. Der Gegenstand, um den es sich hier handelt, gehöre mit in den Ressort des Steuerreformausschusses. Da die Permanenz dieses Ausschusses vom Hause beschlossen wurde, so sei eine wesentliche Förderung seiner Arbeiten zu gewärtigen und es sei also zu hoffen, daß die Steuerreform in der nächsten Session des Reichsrathes abgeschlossen werden dürfe. Ist aber das Steuerreformgesetz einmal beschlossen, so werde die weitere Durchführung hinsichtlich der Gebäudesteuer nicht mit einem langen Zeitverluste verbunden sein und es erscheine daher nicht nöthig, inzwischen provisorisch ein Gesetz zu erlassen. Es dürfte dem Hause genügen, seine Ansicht über das Maß der zu gewährenden Steuerbefreiungen auszusprechen, von welcher Ansicht dann der Steuerreformausschuß gewiß die entsprechende Kenntniß nehmen würde.

Berichterstatter Abg. Niehl verkennt nicht, daß der Gegenstand mit in den Ressort des Steuerreformausschusses gehöre, glaubt aber, daß die Zukunft ungewiß und daß nicht mit voller Sicherheit zu berechnen ist, wenn das Werk der Steuerreform zum Abschlusse kommen dürfte. Es wäre daher doch gut, das Sichere zu ergreifen und einem von allen Seiten anerkannten Bedürfnisse sofort abzuweichen.

Die Spezialdebatte wird eröffnet.

Zu §. 1 (Ausdehnung der zeitlichen Befreiung von der Hauszins- und Hausklassensteuer bei Neubauten auf 15 und bei Um- und Zubauten auf 12 Jahre) beantragt

Abg. Tinti, die Steuerfreiheit bei Neubauten auf 10 und bei Um- und Zubauten auf 6 Jahre zu gewähren. (Wird unterstützt.)

Abg. Herbst spricht sich gegen den Antrag Tinti aus und erklärt sich zugleich gegen die vom Finanzminister vorgebrachten Anschauungen. Mit der Permanenzklärung des Steuerreform-Ausschusses sei die Steuerreform noch nicht erledigt, nachdem man dem Herrenhause nicht zumuthen könne, in einer Session etwa das zu erledigen, was dem Abgeordnetenhaus auch nicht möglich war. Dem Antrag Tinti gegenüber weist Redner auf die traurigen Verhältnisse, in denen sich die Volkswirtschaft gegenwärtig befindet, hin, und befürwortet im Interesse der Gleichheit vor dem Gesetze die Annahme der Ausschußanträge.

Abg. Pantraz spricht sich gegen den Antrag Tinti aus.

Abg. Tinti repliziert gegen die Ausführungen Herbst's.

Abg. Riese-Stallburg bittet den Finanzminister, die Verhältnisse, in denen man sich gegenwärtig befinde, vollkommen zu würdigen und dahin zu wirken, daß für den Fall der Annahme des Gesetzes in beiden Häusern die Sanktion der Krone demselben nicht mangle.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wird §. 1 nach dem Ausschußantrage angenommen, der Antrag Tinti bleibt in der Minorität.

Bei §. 2 (Diese Befreiung hat nur für jene Gebäude Geltung, welche vom Tage der Rundmachung des gegenwärtigen Gesetzes bis Ende 1867 planmäßig vollendet und benützlich gemacht werden) beantragt

Abg. Toman die Weglassung des Wortes „planmäßig“, indem er dasselbe für überflüssig erachte. (Wird unterstützt.)

Abg. Demel spricht sich gegen den Antrag Toman aus. Planmäßig heiße nichts Anderes, als unter Beobachtung der Vorschriften der Baugesetze.

Nach dem Schlußworte des Berichterstatters wird §. 2 nach dem Ausschußantrage angenommen. Der Antrag Toman fällt.

§. 3 (Die durch Bauführungen oder für bestimmte Objekte bereits erworbenen, sowie die durch a. h. Entschließungen für die Festungen Theresienstadt und Josefstadt, für Dalmatien, für Pest, für Ansiedlungen in Ungarn mit der serbischen Wojwodschast und dem Temeser Banate, für Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen, endlich für Wien sammt Vorstädten gewährten Steuerbefreiungen werden durch das gegenwärtige Gesetz nicht berührt) beantragt

Abg. Daubel den Zusatz: „und hat sich nicht auf die betreffenden Landes- dann Kommunalbeiträge, die auf Grundlage der allerbh. Entschließung vom 10. Februar 1835 zu bestehen haben, auszudehnen.“

§. 3 sammt Zusatz Daubel wird angenommen, ebenso §. 4 Vollzugsklausel, und über Antrag des Berichterstatters wird das Gesetz sogleich auch in dritter Lesung zum Beschlusse erhoben.

Dritter Gegenstand der Tagesordnung: Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Tilgung der Bankschuld und die Bedeckung der Staatserfordernisse in den Jahren 1865 und 1866.

Berichterstatter Abg. Herbst bespricht den Gegenstand an der Hand des gedruckt vorliegenden Berichtes, welchen er in einigen Punkten kommentirt und vervollständigt.

Der Ausschuß beantragt: Das h. Haus wolle: I. den angeschlossenen Gesetzentwurf annehmen; II. beschließen, es sei in eine weitere Kreditbewilligung insoweit nicht einzugehen, als nicht die Finanzgesetze für 1865 und 1866 in verfassungsmäßiger Weise zu Stande gekommen sind; III. dem Finanzausschusse für 1866 auftragen, daß er mittlerweile die Regierungsvorlage einer eingehenden Verathung unterziehe, sich jedoch dabei nicht auf die materielle Prüfung der einzelnen Posten beschränke, sondern vielmehr auch diejenigen Garantien ermittle und formulire, welche nothwendig und geeignet sind, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse, wie sie in den Jahren 1863, 1864 und 1865 stattfanden, unmöglich, sowie die Grundsätze der Verfassung, daß Staatsschulden nur mit vorgängiger Zustimmung des Reichsrathes kontrahirt werden dürfen und daß die Staatsschuld unter die Kontrolle des Reichsrathes gestellt ist, zur Wahrheit zu machen, endlich zu bewirken, daß die Verwendung der nur für bestimmte Zwecke bewilligten Kredite für andere als diejenigen Zwecke, für welche sie bewilligt wurden, verhindert werde.

In der Generaldebatte ergreift zuerst Abg. Taschek, gegen die Ausschußanträge, das Wort. Er ist gegen die Bewilligung des Kredits und stellt den Antrag, das Haus wolle in die angetragenen Kreditbewilligungen nicht eingehen, den Finanzausschuß aber beauftragen, den Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Tilgung der Bankschuld und die Bedeckung des Staatserfordernisses in den Jahren 1865 und 1866 des Chefsens zu erstatten, hierin sämtliche Bedingungen und Garantien anzugeben, unter welchen die Kreditbewilligung erteilt werden könnte

feuilleton.

Aus der Residenz.

Im Juni.

D. B. „Ist das ein April dieser Juni“, sagen die Wiener. Eine Temperatur von selten mehr als 10 Grade Wärme, dabei fortwährend heulende Stürme und dicht fallender Regen. Selbst die spärlichen Sonnenblicke sind nur ein mattes Lächeln unter Thränen. Wahre Reminiscenzen aus dem Jahre des meteorologischen Unheils 1864. Für den Wiener hat dieß Alles nur eine Lichtseite, und dieß zwar eine ökonomische. Er kann sich selbst die so geringen Auslagen eines Vergnügungszuges ganz und gar ersparen. Wozu auch in die Ferne schweifen, sich, das Gute liegt so nah! Die erquickende Frische der Alpenregionen und das berühmte Salzburger „Schnür'n“, alle diese touristischen Magnete finden sich augenblicklich hier so gut wie irgendwo.

Was Wunder, wenn unter diesen Umständen der Andrang bei dem Armen-Departement des hiesigen Magistrates dieser Tage ein ungewöhnlich starker war. Nun, das Armen-Departement kann im Augenblicke sicher sein, daß seine milden Gaben nicht an frivole Landparthien verschwendet werden. Erfahrung macht ja klug. Unsere armen Vergnügungszüger kamen zwar nicht aus dem Regen in die Traufe, wohl aber in den Schnee, was fast noch unangenehmer sein soll. Eine Alpenparthie von heuer läßt zwar vielleicht

den Regenschirm, in keinem Falle aber den Paletot entbehrlich erscheinen. Jedemfalls hatten diese Volontäre der Sommerkampagne das für sich, daß sie uns bei ihrer Rückkehr vollkommen disponirt fanden, ihre wunderbaren Berichte von den „Wintermärschen“ am Semmering und auf dem Schneeberge ganz buchstäblich zu nehmen. Nach diesen Berichten erscheint es nur natürlich, daß der „Wiener Vergnügungszug“, den das Thaliatheater allabendlich vom Stapel laufen läßt, viel mehr Theilnehmer findet, als die der Süd- und Westbahn.

Unter diesen Auspizien muß es geradezu als ein geologisches Kuriosum angesehen werden, wenn ein hiesiges Journal heute meldet: ein Theil von Wien „fühle den Boden unter sich wanken“. Allerdings sollte unter diesem Theile Wien's nur die Strauchgasse und unter der Strauchgasse bloß die Börse verstanden werden. Aber auch dort ist die Temperatur keine so hohe, wie sie das vulkanische Phänomen eines Erdbebens zu veranlassen oder zu begleiten pflegt. Im Gegentheile herrscht auch dort momentan jene Kühle, welche die Signatur dieses Juni genannt werden darf. Die Strauchgasse zeigt sich im Ganzen überraschend fest und unempfindlich gegen die in der Kienngasse — dem Siege des Finanzausschusses — und in den verschiedenen Zeitungs-Redaktionen geheimnißvoll waltenden Naturkräfte. Selbst die Donner des „finanziellen Solferino“, welche aus den Räumen des ehemaligen Zeughauses etwas unbedacht erschollen, blieben wirkungslos. Vielleicht, daß jene etwas unvorsichtigen Kanoniere des „finanziellen Mis-

funde“ sich dieß für die Zukunft zur Lehre sein lassen und ihre Munition ein wenig schonen.

Doch trösten wir uns, auf Regen folgt Sonnenschein. Folgte doch auch auf die niederschlagenden Schauer der neulich gemeldeten Mittheilungen des Herrn Rectors Hyrtl, welche fast alle unsere schönsten Hoffnungen auf eine würdevolle Jubelfeier der Wiener Universität hinwegzuschwemmen drohten, der milde Sonnenschein eines erneuerten und erweiterten Programms für das Wiegenfest unserer alma mater. Noch in der eilften Stunde haben die Studenten ihr Comité gewählt, noch in der eilften Stunde sind deren Delegirte dem Konsistorial-Comité beigetreten, noch in der eilften Stunde wurde der projektirte Fackelzug wieder aufgenommen und der akademische Gesangverein hat seine Mitwirkung bereitwillig zugesagt. Auch die angemeldeten Deputationen auswärtiger Universitäten werden nun doch hier eintreffen, und der Konsistorial-Diplomatie soll es gelungen sein, die internationalen Beziehungen zwischen der Wiener und der Grazer Universität wieder so freundlich wie vordem zu gestalten. Dieser Ausgleich zwischen den dieß- und transmurianischen Differenzen wird einer der meist harmonischen Nachklänge dieser Jubelfeier sein.

Für die weiteren Kreise wird wohl der große Commers der Studenten den Mittelpunkt der Universitätsfeier bilden. Da zu diesem Commers laut Programm „jedem Wiener und jeder Wienerin“ der Zutritt gestattet sein soll, so ist derselbe fast nur in der „Neuen Welt“ zu ermöglichen. Dort hatte seiner Zeit auch das Fest zu Ehren Fichte's Statt. Wer sich

und durch Einsichtnahme in die Verhandlungsakten sich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob bezüglich des unterbliebenen Verkaufes der für das Jahr 1864 zum Verlaufe bestimmten Staatsgüter der Finanzverwaltung nicht ein Verschulden zur Last falle. (Der Antrag wird unterstützt.)

Abg. Kinsky (Eugen): Die vom Hause in der Adressdebatte von der Regierung verlangte Umkehr sei bisher nicht eingetreten, sondern im Gegentheile sei durch den bisher von der Regierung eingeschlagenen Weg die Lage noch schwieriger geworden. Das letzte Mittel, um diese Umkehr zu erzwingen, sei die Verweigerung der nöthigen Gelder.

Redner glaubt annehmen zu können, daß noch Kassabestände zur Deckung des Juli-Coupons da seien. Die Anträge des Finanzausschusses müsse er als werthlos bezeichnen, denn das bloße Zustandekommen der Budgets für 1865 und 1866 werde weder den Staatskredit noch die Finanzen heilen. — Redner findet die vom Finanzausschusse verlangten Garantien nicht für genügend, er werde deshalb für den Antrag Taschel stimmen.

Abg. Schindler (gegen) glaubt, man dürfe die Schuld an der gegenwärtigen Situation nicht einzig und allein auf den Finanzminister wälzen, denn es sei nicht glaublich, daß der Finanzminister dem gesammten Ministerium die Finanzlage verborgen habe. Die Besserung des gegenwärtigen Zustandes liege nur im „Bessermachen“, könne die Regierung nicht, so habe das Haus eine Garantie für ein Besserwerden nur dann, wenn jene Männer, welche bisher die Zügel der Regierung führten, abtreten. Er habe heute nur gesprochen, um die Solidarität der Verantwortlichkeit der Regierung zu konstatieren. Nicht bloß eine ungünstige Finanzgebarung trage zur gegenwärtigen Situation bei, auch die auswärtige Politik habe nichts für die Besserung der Finanzlage gethan. Dasselbe gelte von der Aufstellung und dem Rahmen des Kriegsheeres, eben dasselbe von einer den Erfordernissen der Zeit noch immer nicht entsprechenden Administration.

Redner tadelt, daß die Regierung so wichtige Vorlagen in einem Momente einbringe, wo der Schluß der Session bevorstehend sei, bemerkt aber, alles Drängen werde nichts nützen, denn der Reichsrath sei nicht gewillt, der Thätigkeit von Landtagen zuliebe, die sich bisher außerhalb des Verfassungslebens gehalten haben, in einer so wichtigen Periode seine Thätigkeit zu unterbrechen. Er stimme gegen die Bewilligung von 13 Millionen.

Finanzminister von Plener will nicht in Abrede stellen, daß die Ziffern, welche die Einbringung der Regierungsvorlage genannt wurden, bei oberflächlicher Betrachtung überraschend und ungünstig erscheinen müssen, er bittet aber das Haus, sein Urtheil erst dann zu schöpfen, wenn es sich die Sache näher betrachtet haben wird. Der überraschende und ungünstige Eindruck sei vorwaltend bei denjenigen gewesen, welche die Ziffern gruppirten. — Der Minister bespricht nun die einzelnen Theile der gestellten Kreditforderung und darunter namentlich die Post von 7 Millionen, welche aus einem Mehraufwande im Jahre 1862 herrührt. Allerdings habe er seiner Zeit gesagt, daß sie für eine Kreditforderung nicht in Anspruch genommen wird, daß die Zahlung aus den vorhandenen Kassamitteln geschieht. Diese Kassamittel aber

noch, wenn auch nur dunkel, der Reden erinnert, welche damals daselbst gehalten wurden, der wird sich sicher auch noch des tyrenenhaften Zaubers erinnern, welchen die „Neue Welt“ auf die Festredner übte. Keiner derselben vermochte seinen Vortrag oder Toast zu beginnen und keiner vermochte ihn zu enden, ohne sich und seine Zuhörer einer Anspielung oder Parallele zwischen der „Alten“ und „Neuen Welt“ zum Opfer fallen zu machen. Diese Allusionen waren geradezu epidemisch. Der Himmel bewahre uns diesmal vor einer ähnlichen Epidemie lahrer Wortspiele. Vorkünftig bewahre aber der Himmel den ganzen Sommer vor einem ähnlichen Unwetter, wie das, mit dem er gestern das erste große Volks-Concert heimsuchte. Es wurde total verregnet.

Einstweilen, bis die gelehrten Kreise berufen sein werden, die Wiener Gastfreundschaft zu vertreten, übernahm die Kunst diese Mission. Unsere Theater sind geradezu dramatische Gasthäuser. Die Logen, zumeist bevölkert von jenen Sommerparteien des Hauses, deren Abonnement viel weniger der Klasse des Theaters, als der Rubrik „Unverhoffte Einnahmen“ in dem Budget der Habitues zu Gute kommt, das Parterre, zumeist besetzt von Gestalten, deren ganze Erscheinungsweise den Baedeker und Murray vollkommen überflüssig macht, um sie als naive Reisende zu charakterisieren, dies ist das Bild, welches der Zuschauerraum unserer Theater im Augenblicke bietet. Aber auch auf dem Zettel finden wir meist Namen, die uns nicht viel weniger fremd sind, als die Physiognomien und Trachten im Amphitheater.

wurden, wie es sich von selbst versteht, sowohl durch Kreditoperationen als auch durch Staatseinnahmen geschaffen. Die Regierung gedachte, diese 7 Millionen aus den laufenden Einnahmen, wenn die Verhältnisse der Einnahmen sich günstiger gestaltet hätten, zu decken. Nun seien aber die folgenden Jahre nicht günstiger gewesen und es mußte somit eine Nachtragsforderung vor das Haus gebracht werden. Ueberraschend solle es auch auf ein Mitglied der Staatsschuldenkontrollkommission gewirkt haben, daß von den für Einziehung von Hypothekarscheinen bewilligten 20 Millionen nur 3,800.000 fl. zu diesem Zwecke verwendet wurden. Der Minister kann nicht begreifen, wie diese Thatsache so überraschend wirken sollte, da doch die Kontrollkommission täglich Einsicht nehmen konnte und die Mitglieder genau wissen mußten, daß nicht 20 Millionen, sondern nur in runder Ziffer 4 Millionen eingezahlt wurden. Die Thatsache war auch in weiteren Kreisen bekannt. Daß ein Theil der Mittel zu anderen Zwecken verwendet wurde, als die Bewilligung lautete, finde seine Ursache einfach in dem Zurückbleiben der Einnahmen, sei aber nicht ein Verschulden der Regierung. Diese stelle eine Wahrscheinlichkeitsrechnung auf; sie müsse es beklagen, daß Ereignisse eintreten, welche eine andere Gestaltung der Dinge bewirkten, aber die Schuld dieser Ereignisse liege nicht an der Regierung. Die Forderung, welche die Regierung hinsichtlich der Bankschuld stellt, sei wesentlich bloß darauf gegründet, daß zur Verwertung der Bankgüter eine solche Operation eintreten kann, welche in den bisherigen Bestimmungen des Bankübereinkommens noch nicht ihre Grundlage fand. Die Regierung war ängstlich darauf bedacht, nicht gegen den Wortlaut des Bankübereinkommens zu fehlen. Immerhin könne man der Regierung aus einer Forderung für Zahlungen an die Nationalbank keinen Vorwurf machen und die Zahlungen an die Nationalbank seien ein wesentlicher Faktor für die Berechnung der jetzt in Anspruch genommenen Summe. Er wolle dem Hause aus seinen Beschlüssen bezüglich der Bankacte keinen Vorwurf machen, denn er selbst habe ja die Herstellung der Valuta als das vor allen Dingen Anzustrebende betrachtet, Faktum sei es aber denn doch immer, daß bereits 63 Millionen an die Bank entrichtet wurden und noch 78 Millionen restiren. Dem Vorwurfe, warum die Vorlage so spät erfolgte, hält der Minister die Bemerkung entgegen, daß das Ministerium den Abschluß des Finanzgesetzes für 1865 und 1866 abwarten wollte — denn wäre es früher mit einer Kreditforderung gekommen, so hätte man glauben können, es sei ihm nur um die Genehmigung des Kredits zu thun. Der Minister will bei der herrschenden Stimmung die ursprüngliche Kreditforderung der Regierung nicht in ihrer gesammten Höhe aufrechterhalten, bespricht jedoch das Detail der Posten, welche jedenfalls nothwendig sind und macht darauf aufmerksam, daß die Kassenverhältnisse des Staates sich nicht in jedem Monate des Jahres in gleichem Stande befinden, da die Abgaben je nach Verschiedenheit der Jahreszeit in verschieden reichlichem Maße einfließen. Uebrigens scheue er eine Verantwortung rücksichtlich seines Vorganges bei dem Verkaufe der Staatsgüter durchaus nicht, müsse aber bemerken, daß die Jahre 1863 und 1864 dem Verkaufe von Grundstücken nicht nur rücksichtlich der Staatsverwaltung, sondern auch bei Privatbesitzern höchst ungünstig waren.

Es ist eben nur jenen naiven Reisenden eines Sommerparties gestattet zu glauben, der Besuch unserer Schauspielhäuser im Sommer gestatte oder berechtige zu einem Urtheile über dieselben überhaupt. Den Reigen der Gastspiele eröffnete diesmal das Hofburgtheater mit Herrn Marr und Fr. Schneeberger, das Karltheater mit Herrn Reichenbach und Weibrauch. Die kaiserliche Oper wird mit einer reichen Suite von Debüts folgen.

Unter den eben genannten Künstlern sind nur Fr. Schneeberger aus Hamburg und Herr Reichenbach aus Berlin dem Wiener Publikum neue Erscheinungen. Herr Marr, dieser dramatische Ahasverus von Ehedem, der erste deutsche Schauspieler, welcher es wagte eine Pariser Bühne im Idiome dieser Nation als Gast zu betreten, so wie Herr Weibrauch, dieses Prototyp des Berliner Komikers quand même, sind für den Wiener Habitué nur mehr oder minder schätzenswerthe Reminiscenzen seiner dramatischen Vergangenheit. Leider ist diese Vergangenheit schon eine ziemlich fern gerückte und die Sterne Marr und Weibrauch waren selbst damals keine Sonnen, welche ihr Publikum sehr zu erwärmen gewußt hätten. Zudem ging die Zeit an diesen Künstlern keineswegs spurlos vorüber. Sie bereitete einen ziemlich dichten Schleier über ihr Naturell, wodurch sie damals allein noch einigermaßen wirkten, ihre Kunst vermochte aber nicht diesen Schleier zu zerreißen. So erscheinen sie denn heute ziemlich abgeblaßt am theatralischen Horizonte.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Antrag des Abg. Taschel wurde abgelehnt und nach kurzer Spezialdebatte und dem Schlußworte des Berichterstatters werden die Anträge des Finanzausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

Oesterreich.

Wien, 21. Juni. Die Budgetkommission des Herrenhauses beantragte, wie dem „P. L.“ gemeldet wird, für 1865 die Bewilligung der Totalausgabe von 528,773.159 fl., demnach um 6,687.299 fl. mehr als das Abgeordnetenhaus, und zwar beim Armeebudget um 4,785.000 fl., bei der Kriegsmarine um 679.966 fl. mehr.

Prag, 22. Juni. Se. Majestät der König von Preußen ist gestern nach 9 Uhr Abends in Karlsbad eingetroffen.

Ausland.

Berlin, 21. Juni. Die „Prov.-Corr.“ schreibt: Die Wirksamkeit des Landtages war geradezu verderblich. Der Landtag ist immer mehr eine Quelle von Gefahren für die öffentliche Wohlfahrt geworden. Die Regierung wird sich der schweren Verpflichtung nicht entziehen können, jenen Gefahren wirksam vorzubeugen. Man darf annehmen, die Erklärung des Ministers Vobelschwing im Herrenhause habe den Weg vorgezeichnet, welchen die Staatsregierung in der Angelegenheit des Staatshaushaltsetats gehen wird. Ueber die Ausführung der angekündigten Maßregeln dürften weitere Berathungen und Entschlüsse des Staatsministeriums bald erfolgen.

Die preussische Regierung, sagt die „Prov.-Corr.“, ist auf die baldmöglichste Erledigung der Vorbereitung zur Einberufung der Stände in den Herzogthümern bedacht. Der Herzog von Augustenburg, dessen Aufenthalt in Kiel während der Verhandlungen der Stände unzulässig erscheint, hindere den Zusammentritt der Stände. Es sei anzunehmen, die österreichische Regierung werde in der Folge einer weiteren Erörterung die Hand bieten und das letzte Hinderniß zur Einberufung der Stände beseitigen helfen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

Laibach, 24. Juni.

Wegen der offenen Abnahme des Handelsverkehrs und zur Schonung der Finanzen ist schon vor einiger Zeit die Auflösung des hiesigen k. k. Hauptzoll- und Gefällensoberamtes ausgesprochen und zum Theil bereits vollzogen worden, nunmehr aber wird sie, und zwar mit 1. August d. J. in der Art gänzlich ausgeführt werden, daß die Finanzbezirkskasse die Landeshauptkasse, das Stempelmarkengeschäft zum Theil das Tabak- und Stempelmagazin, und das k. k. Steueramt zu übernehmen, das Zollamt aber in dem, außer dem Stadtbereiche liegenden Bahnhofe zu amütioren haben wird, während das Finanzdirektions-Deponomat im Hauptzollamte verbleibt, wohin das k. k. Steueramt übersiedeln wird.

Gestern wurde in der Casino-restaurant ein Faß Wein über die Stiege in den Keller geschafft, wobei durch das Zerreißen eines Seiles das Faß ins Rollen kam und einem Arbeiter den Schenkel zerquetschte, so daß der Schwerverletzte sofort ins Spital geschafft werden mußte.

Die Versammlung der Laibacher Turner zu dem Nachmittagsausfluge findet morgen Nachmittags um 2 Uhr auf dem Sommerturnplatz Statt.

(Schlußverhandlungen beim k. k. Landesgerichte.) In der nächsten Woche finden bei dem hiesigen k. k. Landesgerichte folgende Schlußverhandlungen Statt: Am 28. Juni: 1. Valentin Kofasj und Ferdinand Gorše — wegen Todtschlag; 2. Georg Benedičič — wegen Diebstahl. Am 30. Juni: 1. Fortunat Dolenc — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 2. Kasper Zellar — wegen schwerer körperlicher Beschädigung; 3. Vinzenz Doberlet und Franz Ceplenik — wegen Diebstahl.

Wiener Nachrichten.

Wien, 23. Juni.

Ihre Majestät die Kaiserin Karolina Augusta haben durch den Herrn Obersten und Kommandanten des k. k. Kaiser Alexander 2. Infanterie-Regiments Grafen v. Welfersheim dem k. k. Militär-Grenz-Kommunitätsmagistrate zu Peterwardein einen Betrag von 400 fl. zur Vertheilung unter die durch Feuer verunglückten 47 Familien der Vorstadt Ludwigsthal übergeben zu lassen geruht.

Die Donnerstags-Nummer der „Debatte“ wurde über Auftrag der k. k. Staatsanwaltschaft mit Beschlag belegt. Gleichzeitig fand in der Druckerei des Blattes eine Durchsuchung Statt, wobei das Manuscript des beanstandeten Aufsatzes aufgefunden wurde.

Veranlassung zu diesen Maßregeln hat der Leitartikel des Blattes geboten.

— Das „Neue Fremdenblatt“ wurde wegen des darin enthaltenen Artikels: „Ein neuer Staatsminister“ preßpolizeilich mit Beschlag belegt; zugleich fand in der Druckerei von Löwenthal eine Hausdurchsuchung Statt, um das Manuscript des Artikels zu finden; dasselbe wurde jedoch nicht mehr vorgefunden.

— Vorgestern hat Direktor Fürst einen zehnjährigen Pachtvertrag mit dem Direktor des Josefstädter-Theaters abgeschlossen und ist der Kontrakt bereits unterzeichnet. Herr Fürst läßt das Josefstädter-Theater vollständig renoviren und wird dasselbe im September eröffnen.

Vermischte Nachrichten.

Nach langen Verhandlungen ist der Prozeß, den die Gräfin Civry gegen den im Auslande lebenden Herzog von Braunschweig angestrengt hatte (Siehe „Blätter aus Krain“ Nr. 22) zu Ende gegangen. Die Gräfin, welche, als natürliche Tochter des Herzogs, von diesem eine Jahresrente von 35.000 Fr. verlangte, wurde abgewiesen, und zwar hauptsächlich aus dem Grunde, weil ihr, die durch Heirat Französin geworden ist, die Nachsicherung der Vaterschaft nicht gestattet ist, und ferner, daß der Herzog für ihre Alimentation während ihrer Jugend und so lange, bis sie sich freiwillig seiner Obhut entzogen, reichlich gesorgt habe.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Frankfurt, 22. Juni. Die Bundesversammlung beschloß mit allen gegen 4 Stimmen (Baiern, Württemberg, Kurhessen, Oldenburg, welche sich das Protokoll offen halten) die Einberufung einer Kommission wegen Einführung gleichen Maßes und Gewichtes auf den 20. Juli nach Frankfurt.

Stuttgart, 21. Juni. Die Abgeordneten-Kammer hat in ihrer heutigen Abend Sitzung die Staatsverträge mit Baden und Preußen wegen der Eisenbahnan schlüsse einstimmig genehmigt.

Paris, 22. Juni. Ein Telegramm aus Madrid meldet, das Programm D'Donnells sei ein sehr liberales.

Brüssel, 21. Juni. Die Repräsentanten-Kammer hat den preussischen Handelsvertrag mit 65 gegen 10 Stimmen angenommen; 3 Abgeordnete enthielten sich der Abstimmung. Der General-Prokurator verlangt die Ermächtigung zur Verfolgung der am Chazal'schen Duell Beteiligten. Die Angelegenheit wurde einer fünfgliedrigen Kommission überwiesen; die Duellzeugen werden nicht verfolgt werden.

London, 22. Juni. (N. Fr. Pr.) Der Washingtoner Korrespondent des „New-York Herald“ versichert, die nordamerikanische Regierung werde ihre an England gerichtete Entschädigungs-Forderung, sowie die an Kaiser Napoleon ergangene Notifikation, seine Truppen zurückzuziehen und dem Volke von Mexiko die Entscheidung zu überlassen, ob es monar-

chisch oder republikanisch regiert werden will, aufrecht erhalten.

Petersburg, 22. Juni. Ein Dekret des Kaisers verordnet die Ausgabe vier neuer Serien von Schatzscheinen zu dem Betrage von 12 Millionen Rubeln zur Deckung des für 1865 vorgesehenen Defizits.

(Eingefendet.)

Vielseitige Nachrichten sprechen von mehreren Cholerafällen, welche sich in Alexandrien, Messina, Ancona und im südlichen Frankreich, wohin sie von afrikanischen Schiffen importirt worden, ergeben haben, und sind deshalb von der k. k. Zentralseebehörde in Triest bereits Maßregeln gegen das Eindringen dieser Seuche, von welcher auch unser Land wiederholt heim gesucht wurde, getroffen worden. Wir wollen hoffen, daß wir von diesem Uebel verschont bleiben, aus Sanitätsrücksichten aber ist es jedenfalls und jetzt mehr als je geboten, auf die größte Reinlichkeit in den Häusern und Wohnungen zu sehen, und von Seite der Lokal-Behörde auf die strengste Befolgung der Reinlichkeitsvorschriften, allenfalls auch mit Zwangsmitteln hinzuwirken, denn die Erfahrung hat es gelehrt, daß die Cholera und die epidemischen Krankheiten überhaupt in schmutzigen Gassen und Häusern die größten Verheerungen angerichtet haben.

Einer, dem der Gesundheitszustand der Stadt am Herzen liegt.

Verantwortlicher Redakteur: Ignaz v. Kleinmayr. Druck und Verlag von Ignaz v. Kleinmayr & Fedor Bamberg in Laibach.





Zur Ver- ständigung!

Unterfertiger beehrt sich anzuzeigen, daß er die

General-Agentur

der berühmten

Nähmaschinen-Fabriken

des Herrn **Louis Bollmann** in Wien und der Herren **Grover & Backer** in Boston und New-York (Amerika) **einzig und allein**

der Familie Hudabiunigg,

wohnhaf: alten Markt Nr. 48,

übertragen habe, wofelbst alle Leistungsfähigkeiten der verschiedenen Konstruktionen sowohl für Gewerbetreibende als auch für den Familiengebrauch gründlich gezeigt werden.

Josef Heim,

(1263) technischer Lehrer des Industries und Gewerbevereines in Graz.

(1230-2) Die bewährtesten, amerikanischen

N ä h m a s c h i n e n

von Wheeler & Wilson,

bei allen Ausstellungen mit dem ersten Preise ausgezeichnet, auf fünf Jahre gegen jede Reparatur garantiert — werden allen Familien und Gewerbetreibenden wegen ihrer Leistungsfähigkeit, Eleganz und hohen Rentabilität dringendst anempfohlen.

Agentur:

Nähansalt am alten Markt N. 18.
Dafelbst auch Wolle, Zwirn, Seide etc. am Lager

Bei dreißig dieser Nähmaschinen sind bereits bei den angesehensten Familien der Stadt zur allgemeinen Zufriedenheit in Thätigkeit und haben nun auch bei intelligenten und fortschrittstrebenden Industriellen mit bedeutenden Vorteilen Eingang und Beifall gefunden.

(402-4) **Z e u g n i ß.**

Durch den eigenen Gebrauch des **Anatherin-Mundwassers** *) vom prakt. Zahnarzte Herrn **J. G. Popp**, Stadt, Vognergasse Nr. 2, habe ich mich von der vortrefflichen Wirkung auf das Zahnfleisch und die Zähne überzeugt, daher ich mich veranlaßt fühle, um der leidenden Menschheit zu dienen, dieses Mundwasser Jedermann bestens anzuempfehlen.

Wien.

Landgraf zu Fürstenberg m. p.,

I. I. General der Kavallerie etc. etc.

Zu haben: In Laibach bei Ant. Krisper — Joh. Kraschoviz — Karl Grill „zum Chinesen“ Petricic & Pirker und Kraschoviz's Witwe; in Krainburg bei P. Krisper; in Bleiburg bei Herbst, Apotheker; in Barasbin bei Hatter, Apotheker; in Neustadt bei D. Nizzoli, Apotheker; in Gurkfeld bei Fried. Bösches, Apotheker; in Stein bei Zahn, Apotheker; in Triest Hauptdepot bei Serravallo, dann bei Rocca, Banetti, Kizovich und Rondolini, Apotheker, J. Weisenfeld, Luigi Porzschneider; in Vischofsack, Oberkrain, bei Karl Fabiani, Apotheker; in Görz bei Franz Lazzar und Pontoni, Apotheker.

Zahnärztliche Annonce.

Gefertigter macht die Zahnplomben nach den neuesten amerikanischen Blatt- und Krystallgold-Methoden und die Zahnoperationen mit den jetzt bewährtesten Instrumenten, ohne oder mit der vom Gefertigten seit 14 Jahren erprobten, gefahrlosen Narcoje; verfertigt in seinem Atelier (welches mit allem Komfort der Neuzeit eingerichtet und mit einem der besten Frachteliker versehen ist) einzelne Zahnstücke, Sanspareil-Placen und ganze Gebisse, Gammel- und Gehörmaschinen mit Vulcanit nach speziellen Modellen; und regulirt auch, je nach dem Falle, mit Maschinen oder Instrumenten, unregelmäßig stehende Zähne.

Ordinirt täglich von 8 bis 1 Uhr und von 3 bis 6 Uhr.

Val. L. Tanzer,

praktischer Zahn- und Ohrenarzt,
Doktor der Medizin und Chirurgie und graduirter Zahnarzt,
Mitglied des Doctoren-Collegiums der medizinischen Fakultät
und der k. k. geologischen Reichsanstalt zu Wien und des Vereines der Aerzte in Steiermark.

Wohnt: Graz, Herrengasse Nr. 201, 1. Stock.
Dafelbst stehen auch badeärztliche Konsultationen und Brochuren über Strapina-Bad zu Gebote.

(1160-3)

Mineral-Wässer,

als: Adelheid's Quelle, Billiner, Carlsbader, Egger, Friedrichshaller, Giephühler, Gleichenberger-Constantius-Quelle, Galler-Jod, Klausner Stahl, Marienbader-Kreuzbrunnen, Püllnaer Bitter, Moitscher, Saldschitzer und Selterfer, sind beim Gefertigten von freier Füllung angelangt.

Spezerei-, Material- & Farbwaaren-Handlung

PETER LASSNIK,

Marien-Platz Nr. 45.

Auch ist daselbst zu haben:

Marienbader - Brunnensalz.

Anatherin - Mundwasser.

Feinst Norweger Dorsch-Leberthran.

(1161-3)

Brückenwage, neu, sehr genau,

billig zu verkaufen. Anfrage im Café Pözl, Klagenfurter Straße

Als Prämie

erliegen bei Friedrich Bizhiz in Adelsberg 100 fl., sage: **Ein Hundert Gulden öst. W.** für Denjenigen, welcher ihm grundhäftig nachweist, warum die lebensgefährliche, die öffentliche Kommunikation störende Reichsstraße über den Berg Hebrnica zwischen Präwald und Wippach ungeachtet der vielseitigen technischen Vermessungen noch nicht umgelegt ist.

Unfrankirte Briefe werden nicht angenommen.

(1255-2) Ein, auf jener Straße bereits zweimal Verunglückter.

(1260-1) **D**ie in der Tirnau-Vorstadt am Gradashza-Bache gelegene, zu einer industriellen Unternehmung besonders geeignete Schuppe ist aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft wird in Unterschischka Haus-Nr. 79 erteilt.

! Glück!

bei **WUTSCHER**
zu finden.

Credit-Promessen

à 3 fl. 50 kr. und 50 kr. Stempel,
zur Fichtung am 1. Juli 1865,
Haupttreffer 250.000 fl.,
mit der Unterschrift des Großhandlungs- und Wechselhanfles

J. C. Sothen in Wien,

verkauft
J. E. Wutscher.

(1112-8)

Hiezu ein Bogen Amts- und Intelligenzblatt, dann Nr. 25 der „Blätter aus Krain.“